

Die Rückkehr zur Nation als Rückkehr zur Politik.

Florian Finkbeiners Dissertation widmet sich ausführlich der Renationalisierung im konservativen Denken am Übergang von der Bonner zur Berliner Republik.

Florian Finkbeiner: *Nationale Hoffnung und konservative Enttäuschung. Zum Wandel des Nationenverständnisses nach der deutschen Vereinigung*, (Gleichzeitig Dissertation an der Georg-August-Universität, Göttingen). Bielefeld: transcript, 2020.

Von Martin G. Maier.

Inwiefern Nationalismus überhaupt für ein miteinander geteiltes Gemeinwesen stehen kann, wenn er in Wirklichkeit den Doppelsinn des Wortes ‚teilen‘ halbiert, da er „*vielmehr eine ungeteilte Einheit*“¹ zur Sprache bringen möchte, als ein inklusives Konzept zu propagieren, ist eine Frage, die am konservativen Denken besonders gut abgehandelt werden kann. Ist es doch seit Edmund Burke und „*seiner Kritik an der Französischen Revolution bereits zwischen radikaler Infragestellung gesellschaftlicher Veränderungen und einem praktischen Abwägen von Realpolitik*“ (S. 12) zerrissen, wie der Autor der hier zu besprechenden Dissertation eingangs feststellt: Der Konservatismus betonte im Laufe seiner Geschichte das gegenrevolutionäre und antimoderne Moment mindestens ebenso sehr wie das integrative.

Florian Finkbeiner verspricht in seiner materialreichen Arbeit, die das publizistische Wirken von vier zur Zeit der Wiedervereinigung einflussreichen rechten Intellektuellen in den Mittelpunkt stellt, auf diese Janusköpfigkeit des konservativen Denkens zurückzukommen. Dabei möchte er keine Kollektivbiographie erstellen, sondern nach jenen

1 Burkhard Liebsch: *Unaufhebbare Gewalt. Umriss einer Anti-Geschichte des Politischen. Leipziger Vorlesungen zur Politischen Theorie und Sozialphilosophie*, Weilerswist: Velbrück, 2015, S. 166 – Anm. 28.

Paradigmen suchen, die aus ihren Beiträgen und deren intellektuellen Umfeld als prägend für einen gewandelten, weil ‚nationalisierten‘ Konservatismus angesehen werden könnten.

Auf die Spur kommt er diesem Ziel durch die Kombination eines ideengeschichtlichen mit „sozial- und kulturgeschichtlichen Blickwinkeln“ (S. 15), insbesondere auch aus der *intellectual history*. Von den ausgewählten Autoren, vor allem aus der Zeitschrift *Criticón*, ist Karlheinz Weißmann als Vordenker der bis heute fortbestehenden Wochenpostille *Junge Freiheit* der Rechtsextremismusforschung ein Begriff, während Heimo Schwilk und Rainer Zitelmann als einst rege Publizisten in Springers *Welt* sowie in dem von Herbert Fleissner während der ersten Hälfte der neunziger Jahre auf strammen Rechtskurs geführten Verlagen Propyläen und Ullstein aktuell keine große Rolle mehr spielen. Günter Rohrmoser, der 2008 verstorbene Sozialphilosoph und von Helmut Kohls ausbleibender ‚geistig-moralischer Wende‘ enttäuschter Vordenker der Unionsparteien, ist im untersuchten Quartett der mit Abstand älteste. Als Figur und Mittler zwischen verschiedenen politischen und sozialetischen Positionen ist er für die Geschichte des konservativen Denkens besonders interessant, aber bislang wenig erforscht. Nicht nur hier schließt Finkbeiner eine wichtige Lücke.

Die Vorüberlegungen zum Design seines Gegenstandes und zur getroffenen Auswahl der näher betrachteten Intellektuellen vermeiden eine allgemein- und überzeitlich gültige Definition des Konservatismus. Dem stünde dessen Neigung zur „mangelnden Kohärenz“ (S. 46) entgegen. Thematische Grundmuster und Leitsätze ließen sich in seiner über zweihundertjährigen Geschichte zwar durchaus feststellen, dennoch waren, wie Finkbeiner in Anlehnung an Kurt Lenk einräumt, seine Inhalte stark von der Gegnerschaft zu den diversen Umbrüchen der Moderne und damit „*situationsspezifisch*“ (S. 435) bestimmt. Zum daran anknüpfenden Problem des genuin Konservativen an den in seine Studie aufgenommenen Inhalten weist Finkbeiner auf „*unterschiedliche Strömungen und Impulse*“ hin, für die es ausreiche, wenn sie „*im Konservatismus verhandelt werden, [um] miteinbezogen [zu] werden.*“ (S. 178)

Seinen Zeitschnitt, der eine Trennung in ein konservatives Denken vor und nach 1989/90 vorschlägt, kommentiert Finkbeiner damit, dass „[b]is in die 1980er Jahre [...] relativ eindeutig eine „konservative“ von einer „rechtsradikalen“ Position unterschieden werden [konnte]“ (S. 16), ohne jedoch näher zu klären, wer in welchem politischen Kontext eine solche Unterscheidung machen wollte und welche Rolle die von konservativer Seite (paradoxe Weise) offengelegte „Mimikry“² dabei spielte. Trug die in der Politikwissenschaft, der politischen Bildung und in der Arbeit der Staatsschutzbehörden bereits etablierte Extremismustheorie nichts bei zum reputierlichen Anstrich, den sich ein in der *FAZ* und im Propyläen-Verlag publizierender Studienrat wie Weißmann zu geben wusste (um hier nur einen von Finkbeiners Protagonisten mit zum Teil noch höherem Standing in der akademischen und publizistischen Öffentlichkeit der Bundesrepublik zu nennen)? Von solchen Rahmenbedingungen für die Einordnung antidemokratischer konservativer Denkhaltungen, die wiederum die strategischen Manöver ihrer Träger beeinflussten, mit denen sie die öffentliche Meinung für sich einzunehmen suchten, ist in Finkbeiners Ausführungen kaum die Rede. Zwar referiert er eine Vielzahl sich ergänzender, aber auch miteinander konkurrierender, Einschätzungen zur Vereinbarkeit des konservativen Denkens mit dem demokratischen Diskurs, aber ohne ihren Ertrag für seine Darstellung genauer zu verdeutlichen. Zurecht betont er „die transzendente Legitimation politischer Herrschaft, die Rechtfertigung der konkret gegebenen Ungleichheit oder die Verteidigung des ‚organisch‘ Gewachsenen in Staat und Gesellschaft“ als fortbestehende Schnittmengen zwischen „Konservatismus und Rechtsradikalismus“ (S. 380) – doch ohne die Bedeutung der fortbestehenden erheblichen Differenzen beider Denkströmungen für den Konservatismus namhaft zu machen.

Den innerkonservativen Themenwandel von der Verteidigung der von linker bzw. linkssozialdemokratischer Seite herausgeforderten wirtschaftsliberalen Ordnung in den siebziger Jahren hin zur Schaffung neuer Legitimationsgrundlagen für ein aus den

2 So bemerkte Karlheinz Weißmann 1986 in seinem Aufsatz »Neo-Konservatismus in der Bundesrepublik? Eine Bestandsaufnahme«, in: *Criticón*, Nr. 96, S. 176 – 179, hier: S. 179, zur konservativen Strategie: „Die Fähigkeit, in die Offensive zu gehen, muß entwickelt werden und dazu die Fähigkeit, die Situation zu beurteilen: ob hier der offene Angriff oder die politische Mimikry gefordert ist.“

Blockbindungen zu lösendes und schließlich dann tatsächlich, wenngleich auf ungeplante Weise, entstandenes Gesamtdeutschland, wertet Finkbeiner in den stärksten Passagen seiner Studie plausibel als „*Strukturbruch*“ (S. 352ff.). Einleuchtend interpretiert er ebenso den Fortgang von Günter Rohrmosers intellektuellen Interventionen als Beleg für den konservativen Bedeutungsverlust des Staates als „*entscheidende[r] Ordnungskategorie*“ (S. 260). An Rohrmosers Werk macht er eine Ablösung des etatistischen Primats durch kulturpessimistische und antiurbane Warnungen fest – etwa vor dem vermeintlichen Verfall der bürgerlichen Familie als Grundlage des Gemeinwesens. In solchen antiliberalen, den diversifizierten Lebensmodellen ablehnend gegenüberstehenden Haltungen seien „*Befürchtungen über vermeintlich staatszersetzende Entwicklungen in der Gesellschaft*“ (S. 263) artikuliert worden. Finkbeiner erkennt, dass die einstige Kritik an der Auflösung der konfliktbefriedenden Rolle des Staates abgelöst wurde durch „*genuin reaktionäre Politik- und Gesellschaftsvorstellungen*“ (S. 263) aus vorpluralistischen Zeiten.

Ebenso arbeitet er heraus, dass schließlich in den frühen Neunzigern ein „*Kulturnationalismus*“ den Ordnungsfaktor Staat mehr und mehr aus dem konservativen Denken verdrängte: Etwa in der Kritik am Asylrecht und mit der Füllung des leeren Signifikanten ‚Nation‘ – Detlev Claussen zitierend – „*durch das Versprechen der Ethnizität, die als Ersatz für bewußte Tradition fungiert.*“ (S. 414) An einer Vielzahl von Beispielen verdeutlicht Finkbeiner indes, dass die liberalkonservative Strömung zum Teil schon vor 1990 erheblich an Gewicht eingebüßt und wieder an vor- bzw. antidemokratisches Gedankengut Anschluss gefunden hatte. Er differenziert hier klar zwischen einer Ernstfall-Rhetorik bei Weißmann und Schwilk einerseits, einem gewissen Pragmatismus, der (weiterhin) vor linker Systemveränderung warnt, bei Rohrmoser und Zitelmann andererseits. Warum aber Finkbeiner ausgerechnet in den Schlussätzen seiner Analyse zwar die heutige Situation reflektiert, die ebenfalls von der „*Hypostasierung der Nation*“ geprägt sei, doch die vorgestellten Personen als „*Etikettenschwindler*“ (S. 451) im Hinblick auf ihren Konservatismus resümiert, ist unverständlich.

Interessante Erkenntnisse liefert die gewählte Fragestellung nach der Zusammengehörigkeit von Konservatismus und Nation vor und nach 1990 aber allemal. Der „*entscheidende Unterschied im Vergleich zu früheren Nationalisierungstendenzen im Konservatismus*“ – den Finkbeiner leider in einer längeren Fußnote vergräbt – bestehe darin, dass nunmehr die „*Nation*“ zum zentralen Bezugspunkt jeglicher konservativen Selbstlegitimation“ (S. 19 – Anm. 52) geworden sei. Zwar mag dies eine Übertreibung sein, denn Finkbeiner arbeitet ja immer wieder heraus, dass etwa auch die Auseinandersetzung mit der ‚Kulturrevolution‘ von 1968 auch noch in den neunziger Jahren eine wichtige Rolle spielte, insofern ihren in die Jahre, Ämter und Posten gekommenen Vertreter*innen der Vorwurf gemacht wurde, neue Denkverbote und Tabus etabliert haben. Doch zeigt er ebenfalls, dass es im größer gewordenen Deutschland die kollektive Identität einer nationalen Gemeinschaft war, welche die konservative Kritik an der fehlenden „*Kongruenz*“ (S. 212) des Staatswesens und am Umgang mit der in ihm gefassten Einwanderungsgesellschaft besonders motivierte. Insbesondere Finkbeiners daraus gezogener Schluss, dass die Nation in ihrer hypertrophen Bedeutsamkeit die Religion als Leitmotiv vollends abgelöst habe, ist zumindest für die vom Autor herangezogenen Materialien aus dem nach rechts weit offenen Magazin *Criticón* sowie für die ebenfalls stark berücksichtigte *Junge Freiheit* gut nachvollziehbar. Dieses Urteil bliebe jedoch in seiner Aussagekraft stark beschränkt, könnte Finkbeiner nicht so gut belegen, dass auch im konservativen Teil der etablierten Presselandschaft (*FAZ*, *Welt*, *Welt am Sonntag*, *Rheinischer Merkur*) ab 1990 etwa fünf Jahre lang verstärkt „*radikale Forderungen verhandelt*“ (S. 192) wurden. Dort veränderten sich drastisch „*die Akzeptanz- und Tolerierungsschwellen*“ (S. 192) gegenüber jenem Meinungsspektrum, das vorher in einem viel weniger wirkmächtigen, revisionistischen Milieu zu Hause war, wo es nach wie vor, nun aber mit neuer Breitenwirksamkeit versehen, offen gegen die von den Alliierten geschaffenen liberalen Grundlagen des westdeutschen Staates agitierte. Der Renaissance geopolitischer Auffassungen im Kontext einer Kritik der Westbindung der alten Bundesrepublik, die allein machtgestützte Ziele in ihrer Außenpolitik verfolgen sollte, erwähnt Finkbeiner ebenfalls in diesen Kontext.

Durchaus genauer hätte aber noch gezeigt und vor allem auch systematisiert werden können, inwiefern die vier beforschten Hauptintellektuellen mit ihrem Nationalismus

die herrschenden Vorstellungen von imaginärer Gemeinschaftlichkeit herausfordern wollten. Hier hätte ein noch genauerer Blick auf die Nationalismusforschung und -geschichte vielleicht weitergeführt. Finkbeiner erweckt zuweilen den Eindruck, als sei im Laufe des letzten Jahrzehnts der alten Bonner Republik erst vom Konservatismus bzw. der Neuen Rechten die ‚nationale Frage‘ gestellt worden. Souveränitätsdebatten wurden aber bereits vehement von der Friedensbewegung angesichts des NATO-Doppelbeschlusses angezettelt. Die komplexe Auseinandersetzung der Nationalismen von ‚links‘ und ‚rechts‘ ist noch kaum von der Forschung beachtet worden. Ihre konservative bzw. neurechte Überformung nach 1990 durch ein gesamtdeutsches, völkisch-nationales Identitätskonzept wurde in Finkbeiners umfangreicher und als Ganzes betrachtet wertvollen Analyse nun näher erhellt.

Martin G. Maier wurde mit einer Arbeit zum Konservatismus in Deutschland nach 1968 promoviert und arbeitet derzeit zum Faschismusbegriff als historischer Wissenskategorie.